

wiesen wurde, hat gezeigt, dass man dort den Wert der Gewerkschaft zu schätzen weiß und bereit ist, für deren Erhaltung die größten Opfer zu bringen.

In dem noch nicht beendeten Kampf in Cincinnati erklärt die amerikanische „Brauereiarbeiter-Zeitung“ folgenden Appell an die Mitglieder und organisierte Arbeiterkräfte des Landes:

Cincinnati, O., 20. November 1902.

Der Ausschluß der Brauereiarbeiter von Cincinnati ist nun schon über acht Monate in Kraft. Das die Wirren noch nicht beigelegt worden sind, ist größtenteils auf Kosten der feindseligen Haltung der „Brauereiwirtschaft“ oder des „Brauereitruists“ den Arbeitern gegenüber zu sehen.

Kein annehmbareres Anerbieten konnte gemacht werden, als das die armen Ausgeschlossenen vorschlugen, indem sie die Belagerung der Schwierigkeiten einem Schiedsgericht übertrugen wollten.

Was konnten denn die Brauereiarbeiter mehr thun, wenn sie nicht ihren Selbst-Respekt verlieren und das Vertrauen ihrer Mitarbeiter auf das Spiel setzen wollten, als alle Streitfragen einem unparteilichen Schiedsgericht zu unterbreiten, nachdem alle ehrbaren Mittel, ein Abkommen zu erzielen, fehlgeschlagen waren?

Es sind 250 Männer und über 1000 Personen, die von Ihnen abhängen, noch ohne Brot und Arbeit. Diese Leute haben die besten Jahre ihres Lebens in den Brauereien hingeopfert. Schon die Art der Arbeit macht es verflüchtlich, daß ihre Lebensdauer verkürzt wird, wie durch sichere, zuverlässige Statistiken bewiesen werden kann. In allen Jahreszeiten sind sie gezwungen, den extremsten Temperaturschwankungen sich auszusetzen, dabei ihre Gesundheit untergebend, in vielen Fällen auch durch diese Art der Arbeit zu einem frühzeitigen Tode verdammt. Die Handlungsweise der Brauereibesitzer entspringt demselben Klassenegoismus, der unser ganzes gesellschaftliches Leben unterwühlt. Die Prinzipien, für welche die Brauereiarbeiter Cincinnati die größten Mühen und Opfer nicht scheuen, sind Allen im Herzen theuer und heilig. Die Brauereiarbeiter müssen in ihrem gerechten Kampfe unterstützt werden. In Anbetracht ihrer bisherigen Beschäftigungsweise sind sie unfähig geworden, in anderen Gebieten Arbeit zu verrichten. Hunderte der Ausgeschlossenen sind aus der Stadt hinausgedrückt worden, um anderwärts Beschäftigung zu suchen. Dieses hat die Bevölkerung Cincinnati um mehr als 1000 Personen vermindert, dadurch sind so viel Arbeiter und Konsumenten dieser Stadt entzogen worden.

Die Winterwehen nahen, und mit denselben das Jähne-Klappen der sterbenden, jungen und unglücklichen Kinder und das Zittern der schwachen, schlecht genährten Männer und Frauen. Wenn nicht die freundliche und generöse Hilfe, die ihre Mitarbeiter des ganzen Landes und das Publikum im Ganzen ihnen hat angedeihen lassen, sie vor dem Schlimmsten bewahrt hätte, so könnten diese armen, bedauernswürdigen Leute hungern gehen.

Den obigen Bemerkungen wünschen wir Einiges hinzuzufügen: Was haben die Brauereibesitzer, welche im Stande waren, den Anlauf von den wertvollsten Grundstücken und Gebäuden trotz des Kampfes weiterzuführen, durch ihre Dickköpfigkeit und Feindschaft der Arbeiter gegenüber gewonnen? Einige Zahlen, den Einnahmestellen des ersten Districts des Winessteuer-Amtes entnommen, wird von großem Interesse sein.

Winessteuer-Einnahmen des ersten Districts von Ohio.

| Branntwein-Stamp. | | |
|---------------------|-------------|--------------|
| 1901 | 1902 | |
| Dollar | Dollar | |
| Juli | 580 614,08 | 794 613,34 |
| August | 716 544,15 | 797 101,09 |
| September | 705 581,06 | 922 421,53 |
| Oktober | 880 881,71 | 1 152 851,02 |
| | 2 863 621,— | 3 666 991,98 |

Mehreinnahme an Winessteuern an die Regierung 783 370,— Dollar, oder über 27 Prozent.

| Bier-Stamp. | | |
|---------------------|-----------|------------|
| 1901 | 1902 | |
| Dollar | Dollar | |
| Juli | 317 412,— | 181 813,50 |
| August | 265 504,— | 155 100,— |
| September | 198 412,— | 124 200,— |
| Oktober | 197 260,— | 123 030,— |
| | 978 588,— | 584 143,50 |

Anmerkung. Man brachte, daß im Jahre 1901 ein Bier-Stamp pro Barrel 1,60 Dollar kostete, im Juli 1902 fand eine Reduktion auf 1,— Dollar pro Barrel statt, so daß sechzig Cent weniger Steuern pro Barrel an die Regierung gezahlt wurden.

Abnahme der Summe, an die Regierung bezahlt, 394 444,50 Dollar in 4 Monaten.

Auf Grund der angeführten Kalkulationen berechnet, hat der Cincinnatier Brauer-Trost (Covington und Newport) ausgenommen, da die beiden Städte einen besonderen District im Staate Kentucky bilden) 27 729 Barrel Bier weniger als in der gleichen Zeit im Vorjahre verkauft. Die vorhergehenden Monate zeigen noch ein schlimmeres Bild.

Wenn sie nun den verhältnismäßigen Mehrverkauf hätten, wie er nach den allgemeinen Geschäftsverhältnissen zu erwarten gewesen wäre, da im September 1902 gegen 300 000 Barrels mehr gegen den gleichen Monat im Vorjahre in den Vereinigten Staaten verkauft wurden nach statistischem Ausweis, dann hat nur wohl Grund und das Recht, zu behaupten, daß ein matterer Verkauf von 165 000 Barrels von der Cincinnatier Brauer-Wirtschaft während der vier erwähnten Monate angenommen werden kann, so daß ein totaler Verlust von 192 000 Barrels Produktions während der vergangenen vier Monate zu verzeichnen ist.

Dieser Rückgang im Verkauf von Bier in Cincinnati, welche Stadt einmals wegen ihres Bieres berühmt war, d. h. so lange es von Union-Weiten hergeleitet wurde, ist ein beachtenswerthes Symptom für den Verkäufer, sowie für den Käufer. Die lange noch, a. Ihr Herr Brauereibesitzer, wird dieser Niagara-Fall im Verkauf anhalten? Die Subsidien, welche die United States Breweries Association für den Verkauf bezahlt werden, nicht im Stande sein, Konsumenten und Kunden wiederzuzubringen.

Dieser Kampf wird weitergeführt werden, und wir werden gewinnen! Das denkende Publikum und die Arbeiter, die uns bisher in dem Kampfe beigegeben haben, werden nicht wandeln werden.

Darum weiter im Kampf, stärker noch müssen die Siebe fallen.

Der 3. Verbandstag deutscher Arbeitsnachweise

(Schluß.)

Stadtath F. L. Sch. - Frankfurt a. M. wies darauf hin, daß im Handelsgewerbe bereits eine gesetzliche Bestimmung existiert, daß jemand aus bestimmten Gründen das Arbeitsverhältnis lösen darf. An wen die Arbeitslosen-Versicherung angeschlossen werden soll, sei nicht die wichtigste Frage; hochwichtig seien dagegen die wirklich angestellten Verhältnisse in den Gewerkschaften, sowie in Gemeinden. Daß der Arbeitsnachweis der Mittelpunkt der Arbeitslosen-Versicherung sein muß, scheint ihm klar; den Gewerkschaften eine öffentlich-rechtliche Versicherung anzuschließen, gehe aber nicht, ebenso wenig den Berufsge nossen-

schaften, welche Unternehmerverbände sind. Die Forderung, daß die Arbeitgeber, wenn sie die Beiträge zahlen, auch die Verwaltung haben müssen, halte er für falsch. Man müsse sich daran gewöhnen, daß die Beitragspflicht allein das Recht zur Verwaltung nicht giebt, in erster Linie vielmehr das Interesse der Beteiligten.

Hotelbier Dr. F. S. - Berlin erklärte, die Arbeiter hätten kein Vertrauen zu den Unternehmern; schon deswegen müßte die Arbeitslosen-Versicherung in den Händen der Gewerkschaften bleiben. Daneben sei der paritätische Arbeitsnachweis auszubauen und die private Stellenvermittlung zu verbieten. Ferner müsse verlangt werden, daß die Regierung nicht, wie im Gastwirts-Gewerbe, Schußbestimmungen nur für einen Teil der Arbeiter trifft.

Als grundsätzlicher Gegner der Arbeitslosen-Versicherung bekennt sich Professor Stieba - Leipzig. Zunächst fehle es an allen ausreichenden versicherungstechnischen Unterlagen für die Arbeitslosen-Versicherung. Aber auch praktisch handle es sich um unüberwindliche Schwierigkeiten, die Gewerkschaften könnten nicht viel leisten. Sie kämen bei ihrer Arbeitslosen-Unterstützung nur die Karenzzeit nicht herum. Das Arbeitslosengeld, das sie geben, sei dürftig. Im Wesentlichen handle es sich bei ihnen um Hilfs-Unterstützungen. Man müsse auch beachten, daß bei Saisonarbeitern die zeitweilige Arbeitslosigkeit eine gleichsam natürliche, immer wiederkehrende Erscheinung ist. Die Arbeitslosigkeit im großen Maßstab sei vollends immer nur eine Begleiterscheinung unermesslicher wirtschaftlicher Krisen. Keiner der Vorschläge, die zur Durchführung der Arbeitslosen-Versicherung gemacht worden seien, habe Aussicht auf Verwirklichung. Ganz mit Recht verhalten sich Regierung und Parlament der Arbeitslosen-Versicherung gegenüber jetzt zum Mindesten ablehnend.

Orthograph T. F. - Berlin erklärte: Der Referent habe die bisher gemachten Vorschläge unter den Tisch geworfen. Im Grunde aber die unbrauchbaren Vorschläge nur um einen noch unbrauchbareren vermehrt. Den Arbeitern liege in erster Linie an der Selbstverwaltung, das ist ihnen wichtiger, als eventuell ein paar Pfennige zu sparen. Die Arbeitslosen-Versicherung mit dem Arbeitsnachweis zu verbinden, sei ihm sympathisch; freilich dürfe man mit der Arbeitslosen-Unterstützung nicht bis zum Ansehen der Arbeitsnachweise warten. Die Arbeitsnachweisefrage sei noch immer eine Kampffrage, bei der die Gesetzgebung zwangsmäßig noch auf lange Zeit hinaus nicht eingreifen wird. Es sei gleich, welcher Weg eingeschlagen werde, wofür die Arbeitslosen-Versicherung nur recht bald, wenn auch nur teilweise, durchgeführt werde.

Stadtverordneter H. G. - Köln a. Rh. verspricht sich von der Arbeitslosen-Versicherung eine Abnahme der Simulation in den Krankenkassen und tritt für eine obligatorische Arbeitslosen-Versicherung unter Teilnahme der Unternehmer ein. So lange es nicht möglich sei, gesetzlich vorzugehen, sollten die größeren Städte dem Beispiel von Köln folgen.

Metallarbeiter S. - Berlin wendete sich gegen den Vorschlag des Referenten, die Arbeitslosen-Versicherung an die Berufsge nossenschaften anzuknüpfen, und empfahl die gewerkschaftliche Versicherung, die sich bereits bewährt habe, geringe Verwaltungsstellen verursache und zu bedenken, der Simulation Vorzug zu leisten, keinerlei Veranlassung gebe. Noch seien die Ansichten über das Problem der Arbeitslosen-Versicherung nicht geklärt; sollte es aber einmal zur Verwirklichung des Problems kommen, so würden die organisierten Arbeiter gern mitthun.

Regierungsrath Dr. J. - Berlin bezeichne die Erwartung der Gewerkschaften, daß sie Träger der Arbeitslosen-Versicherung sein würden, als Illusion; auch die Gemeinden dürften nicht die Träger sein. Dagegen sprächen wesentliche Momente für eine berufsgenossenschaftliche Grundlage der Versicherung. Der Ansicht, daß es sich hier um ein unlösbares Problem handle, müsse er widersprechen, er hoffe, daß der Reichstag auch auf diesem Gebiete etwas Brauchbares schaffen werde.

Reichstagsabgeordneter W. - Halle hält die Befürchtungen, die die Gewerkschaften an eine staatliche Versicherung knüpfen, für unbegründet. Den Arbeiter-Organisationen werde auch in Zukunft noch genug zu thun übrig bleiben.

In seinem Schlusswort giebt der Referent, Professor Herker, der Uebersetzung Ausdruck, daß, wenn es überhaupt einem Staate gelingen werde, das Problem der Arbeitslosen-Versicherung zu lösen, es das deutsche Reich sein werde.

Die Verhandlungen waren damit beendet. Die Vorschläge Professor Herker's und die Ausführungen der Diskussionsredner zeigten uns, daß die Frage der Arbeitslosen-Versicherung, die gegenwärtig im Vordergrund der öffentlichen Diskussion steht, noch sehr der Klärung bedarf, ehe daran zu denken ist, die Frage in wirklich praktischem, die Arbeiter-Organisation nicht schädigendem Sinne zu lösen.

Korrespondenzen.

Abscherleben. Die am 7. Dezember stattgefundene Versammlung war recht schwach besucht. Ein Kollege ließ sich ausnehmen. Dann folgte die Erledigung der üblichen Geschäfte. Unter „Verschiedenes“ wurden die Raubheit und Nachlässigkeit betr. des Versammlungsbefuches von Mitgliedern der Zahlstelle sehr gerügt, wo doch immer etliche Mitglieder durch sanfte Ausreden sich stets von der Versammlung fern zu halten wissen und sich der Sache nicht im Geringsten annehmen, welcher sie sich verpflichtet haben.

Berlin. Am 7. Dezember fand in Keller's Gaststätten eine außerordentliche öffentliche Versammlung statt. Heyder erstattete den Bericht des Kuratoriums über den Arbeitsnachweis der Ringbranneren. In den vergangenen 11 Monaten sind die Einschreibungen und Einstellungen Arbeitsuchender gegenüber dem Vorjahre erheblich zurückgegangen. Einzelne wurden 4770 und eingestellt 2927 Personen gegen 8836 resp. 3732 im Jahre 1901. Es waren 9216 Aufforderungen nötig, um die 2927 Einstellungen zu bewirken. Die ganze Arbeitsvermittlung stand unter der Einwirkung der allgemeinen Wirtschaftskrise. Der Zugang vom Lande ist fast gänzlich verstopft, die übergroße Mehrheit der Arbeitsuchenden sind in Berlin ortsanässig. Im Monat November waren 566 Brauereiarbeiter arbeitslos. Die Wartezeit der Arbeitsuchenden ist eine sehr lange. Biel trägt dazu bei, daß der Prozentsatz noch nicht befreit ist. Ohne Vermittlung des Arbeitsnachweises sind 156 Personen eingestellt worden. Trotzdem der Vorsitzende des Vereins der Brauereien ein Rundschreiben betreffs Einschränkung des Prozenttages erlassen hat, beruhen die Berliner Kochbrauerei und die Spandauer Bergbrauerei den Arbeitsnachweis höchst selten. Die Spandauer Bergbrauerei verlangt von den Gastwirtsplätzen, daß sie bei 15 M. Wochenlohn noch im Wespensitz wohnen sollen. Von den Beschäftigten des Kuratoriums ist folgender erwähnenswert: Wer von den Arbeitsuchenden bei seiner Meldung auf dem Nachweis verweigert, daß er noch in Arbeit steht, der kann auf ein Jahr von der Eintragung in die Nachweisliste ausgeschlossen werden. In der Diskussion bemaßigte Morshat das Verhalten des Kuratoriums. Dem traten Jordan und Karl entgegen, und Bauer erklärte unter dem Vorfall der Versammlung, daß die Arbeitsvermittler im Kuratorium voll und ganz ihre Pflicht und Schamhaftigkeit gethan haben. Als Kandidaten für die Arbeitervertreter im Kuratorium wurden aufgestellt: für

die Brauer Träger und Heyder, für die Hilfsarbeiter Jordan und Karl. Heyder ermahnte in seinem Schlussworte die Anwesenden, nun auch für die Vorgesetzten zu agitieren, damit wir bei der Wahl auch zum Siege gelangen. — Heyder erstattete einen kurzen Bericht über den Arbeitsnachweis für die ringfreien Brauereien, der in Händen der Arbeiterorganisation liegt, und soll in einer späteren Versammlung ausführlich darüber gesprochen werden. — Den Bericht der Agitationskommission für die Sektion II gab Neumann. Danach haben mit 22 Brauereien 64 Verhandlungen über Lohn- und Entlassungs-Differenzen usw. stattgefunden, wovon 61 zu Gunsten der Arbeiter erledigt sind, darunter die ziemlich ernste Angelegenheit mit der Brauerei Böggow. Er ermahnte, bei Differenzen sich streng an der Wahrheit zu halten, um unliebsamen Vorurteilen vorzubeugen. Ein erfreuliches Anwachsen der Mitgliederzahl hat die Organisation zu verzeichnen in Folge der mit den Arbeitgebern getroffenen Vereinbarung betreffend § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs und des im Anschluß hieran geschaffenen Einigungsamtes in Berlin. Der Bericht der Agitationskommission seitens der Brauer konnte nicht gegeben werden wegen Krankheit des betreffenden Mitgliedes und soll dieses in der nächsten Vereinsversammlung gegeben werden. Zum Schluß wurde folgende Resolution angenommen: „Die Versammlung protestiert mit aller Entschiedenheit gegen das den Mehrheitsparteien des Reichstages seitens der Regierung bewiesene Entgegenkommen bezüglich der Erhöhung des Brauerlohnens § 116 über die Reglementationsvorlage hinaus, wodurch eine Steigerung der Produktionskosten für die Brauereien im Falle der Annahme des Sozialtarifs herbeigeführt wird, die dann erfahrungsgemäß in erster Linie auf die Arbeitnehmer in Form von Lohnver Kürzungen und Arbeitszeitverlängerungen abgewälzt wird.“ Ferner wurde in wenig schmeichelhafter Weise das Verhalten der sogenannten unparteilichen Presse besprochen und die Arbeiter zum Abonnement des „Vorwärts“ aufgefordert.

Bremen. Unsere am 3. Dezember abgehaltene Versammlung war wieder, wie gewöhnlich, mangelhaft besucht, trotzdem bekannt gemacht war, daß sehr wichtige Punkte auf der Tagesordnung ständen. Nach der Erledigung der ersten Punkte wurde in die Beratung über unsere Lokalasse eingetreten. Es wurde u. A. ausgeführt, daß die Lokalasse unter den gegenwärtigen Umständen nicht weiter bestehen könne, denn das Zertreuen an den Festlichkeiten, von deren Ueberflüssen bisher die Lokalasse bestand, sei, wie bereits anerkannt werden mußte, nicht mehr sowie es früher war. Es entspann sich eine lebhafte Debatte über Einführung eines Extrabeitrages. Unter Ablehnung aller Anträge wurde folgende Resolution angenommen: Die heutige Mitglieder-Versammlung erklärt sich mit einem 10 Pfg.-Extrabeitrag für männliche und 5 Pfg. für weibliche Mitglieder alle 4 Wochen einverstanden. Sie erklärt ferner, daß wegen des schlechten Besuchs der Versammlung eine Umbildung darüber stattfinden hat. — Unter „Verschiedenes“ wurden zunächst die Entlassungen auf den einzelnen Brauereien besprochen. Auf der Bremer Brauerei sind in letzter Zeit wieder 3 Mann entlassen, welche noch Kollegen hinter sich hatten, die noch nicht so lange dort beschäftigt waren. Da nur Einer von diesen Entlassenen für uns in Frage kam, und derselbe gleich tags darauf an einer anderen Stelle Arbeit genommen hatte, war für die Lohnkommission die Sache leider erledigt. Zu bedauern war das unvornehm, da der Herr Brauereibesitzer einige Wochen vorher, auch bei einer Entlassung, welche zurüdgekommen wurde, erklärte, den Wünschen der Lohnkommission Rechnung tragen zu wollen. Weiter kam eine Entlassung auf der im Allgemeinen humanen St. Pauli-Brauerei (Neustadt) zur Sprache. Hier war es wieder der durch sein Verhalten schon berühmt gewordene Herr Herrmann, der eine Entlassung vorgenommen hatte, und zwar an einen Kollegen, der schon 23 Jahre auf dieser Brauerei beschäftigt hat. Er soll betrunken gewesen sein. Selber wurde die Entlassung der Lohnkommission erst mitgeteilt, als der betreffende Kollege schon wieder in Arbeit war. Es war nämlich der Frau dieses Kollegen gelungen, das Herz des Herrn Herrmann umzustimmen, und zwar unter der Bedingung, daß sich unser Kollege eine ganze Woche jeden Abend nach Schluß der Arbeitszeit bei Herrn Herrmann im Skriptorium vorstellen mußte, ob er auch wieder betrunken sei. In der Versammlung wurde hervorgehoben, die Kollegen müßten sich bei etwaigen Entlassungen sofort an die Lohnkommission wenden, die dann die nötigen Schritte einleiten werde. Es wurden alle Kollegen dann noch aufgefordert, fortgesetzt zu agitieren, denn der letzte Fall zeige wieder, daß man auch die Deflektion unter den Alten nicht vor der Entlassung verschone, und nur der Verband sei im Stande, solche Mitglieder zu schützen. Nachdem der Vorsitzende noch aufgefordert, dafür zu sorgen, daß die nächste Generalversammlung überfüllt sein müsse, da es gelte, u. A. einen neuen Vorstand zu wählen, erfolgte Schluß der Versammlung.

Breslau. Am 23. November fand im „Café zum Ballenstedt“ eine öffentliche, sehr gut besuchte Versammlung statt. Kollege Bauer-Hannover sprach über das Thema: „Die vielfältigen Aufgaben der Gewerkschaften“. Einleitend streifte er die Anfänge der Entwicklung der modernen Gewerkschaften in Deutschland. Vom ersten Moment ihres Bestehens waren sie dem Unternehmertum ein Dorn im Auge, es wurden daher alle möglichen und unmöglichen Mittel angewandt, die Organisation zu bekämpfen und Uneinigkeit unter die Arbeiter zu tragen. Heberall anderwärts ist man vernünftiger Weise zur Einsicht gekommen, unsere Organisation als gleichberechtigten Faktor anzusehen, und da, wo eine starke Organisation am Orte ist, ist das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ein friedliches, woran uns ebenfalls viel gelegen ist. Nur Breslau und Dortmund machen darin noch eine „unheimliche“ Ausnahme. Hier sind auch die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Brauereiarbeiter schlecht, besonders hier in Breslau. Hier hat man es auch verstanden, die geleerten Leute mehr und mehr zu verdrängen und an deren Stelle billigeren Arbeitskräfte hinzustellen, um möglichst viel Profit einzubehalten. Die Herren pfeifen längst auf den dummen Gesellenlohn, auch ist es ihnen ganz gleich, wer die Arbeit macht, gelernt oder ungelernet, die Hauptsache ist: möglichst billig. Aufgabe des Verbandes muß es daher sein, für gleiche Arbeit gleichen Lohn zu erstreben. Hierauf ging Redner näher auf die letzten Vorkommnisse ein, die sich hier am Orte zugetragen haben; wenn diese den Kollegen nicht die Augen geöffnet haben, wären sie zu bedauern. Wurde doch jüngst in der Brauerei Haase ein Kollege entlassen, weil er einen Botisch Bod zum Dunsten hat laufen lassen. Materie ist dem Geschäft kein Schaden erwachsen; er mußte aber wohl aus besonderen Gründen entlassen sein, damit die „Autorität“ des Herrn Direktors Bauer gewahrt blieb. Der betreffende Kollege war 12 Jahre im Geschäft und ist durch Unglücksfall körperlich gebrochen. Den Fall Hellmann und Genossen nahm Kollege Bauer nochmals unter die Lupe. Wir hätten zum Wenigsten erwartet, Herr Haase hätte den Fall untersucht und die Zeugen gehört, welche H. gegenüberstanden. Nichts ist geschehen; somit könnte man annehmen, daß Herr Haase nicht nur die Personen Hellmann und Hängel, sondern auch deren ungleich größere Sünden dem Geschäft gegenüber, als wie sie der wegen ihnen entlassene Kollege sich hat zu Schulden kommen lassen, und deren trauriges Verhalten diesem Kollegen selbst gegenüber mit seiner Person zu bedauern gewillt ist. Eine besonders hohe Ehre für Herrn Haase wäre dieses nicht, für die Handlungsweise Hellmann's wolle Redner nicht die richtige Bezeichnung anwenden, stellte es vielmehr der Versammlung anheim, darüber zu urtheilen. Lebhafteste Psuirufe aus der Mitte der Versammlung waren die Antwort. Ferner besuchte

Stellungs-Paar die Entlassung des Bundesvorsitzenden
Englisch; äußerte er sich zu der Entlassung, welcher alle
seine Gesundheit und Kräfte im Dienste gelassen hat: Es
kann sein Kind sein, sonst hätte er sich noch todtgearbeitet.
Einem Kollegen, der ernstlich bemüht ist, seinen Berufs- und
Familienpflichten nachzukommen, wird von einem Vertreter,
der den Gesellenstand hoch halten will, Derartiges ins Gesicht
geschleudert. Daß es nur die Vertretung der Interessen der
Kollegen durch Englisch nicht weit her ist, hat dieser Fall
wieder gezeigt, sein eigenes Interesse war ja nicht gefährdet.
Dieses wird den Kollegen, die jetzt sich noch durch allehand
Vorfälle und von Seiten des Bundes bestrafen lassen, die
Augen öffnen, und werden sie diesem Herrn den Rücken wenden
und dorthin gehen, wo in Wirklichkeit ihre Interessen vertreten
werden. Die wenigen Verbesserungen, die Breslau zu ver-
zeichnen hat, sind einzig und allein dem Verband zugun-
stigen. Wenn auch noch die meisten Kollegen des vielen Geldes wegen,
das sie bereits eingezahlt haben, dem Bunde angehören, so
sollten sie nicht noch mehr Schlimmes zum Schlechten werfen.
Unsere Aufgabe sollte doch eine andere sein, als sich für den
Tod vorzubereiten. Nach einem zweifelhafte Vortrag schloß
Kollege Bauer seine Ausführungen. Daß er Jedem aus dem
Munde gesprochen habe, bewies der lang anhaltende Beifall.
In der darauf folgenden Diskussion sprachen sich mehrere
Medner im Sinne des Referenten aus. Trotz Aufforderung des
Vorsitzenden, Gegner, die in einer Anzahl erschienen waren,
sollten sich zum Wort melden, da ihnen volle Redefreiheit zu-
gestanden sei, meldete sich Niemand. Braumeister Göbel, welcher
unserer Einladung Folge geleistet, ergriß sodann das Wort,
und glaubte, Einiges, was in der „Brauerzeitung“ in Bezug
auf seine Person gestanden hat, richtig stellen zu müssen.
Auch bedauerte er den scharfen Ton in der „Brauerzeitung.“
Im Uebrigen pflichtete er dem Referenten völlig bei, daß sich
die Arbeiter organisieren müssen, wie es auch die Brauereis-
besitzer zur Wahrung ihrer Interessen thun. Er selbst lege
keinem Arbeiter, der sich organisieren wolle, etwas in den Weg.
Es wäre uns lieb gewesen, sämtliche Direktoren, Brau-
meister, Vorberuflichen, die doch alle eingeladen waren,
wären dem guten Beispiele des Herrn Göbel gefolgt, und
wären erschienen. Es ist uns angenehmer, Auge in Auge
mündlich zu verhandeln, als uns immer der Distanzlichkeit zu
bedienen. Kollege Bauer bemerkte sodann, daß der Braumeister
selbst in der Zeitung nicht angegriffen sei, sondern nur ge-
wisse Vorberuflichen, und wenn Herr G. selbst den Arbeitern
nichts in den Weg lege, dann müsse er aber auch seine Macht-
befugnisse gebrauchen, seinen zunächst Untergebenen aufzugeben
und darauf zu sehen, daß auch diese in diesem sehr richtigen
Sinne handeln. Was den scharfen Ton in der „Brauer-
zeitung“ anbelangt, so sind es doch nur Thatsachen, die ge-
bracht werden und zwar als Mittel der Nothwehr gegen alle
uns zu Theil gewordene Unbill; dabei sind wir verhältniß-
mäßig immer noch sehr rücksichtsvoll gewesen. Wir haben
beim Arbeitsnachweis, einer nur zu gerechten Forderung, münd-
liche Verhandlung verlangt; nichts wurde uns gewährt. So
lange die Herren unsere Organisation nicht anerkennen, werden
wir sie bekämpfen und verbittert an den Pranger stellen.
Nachdem Arbeiterssekretär Neufirch die Anwesenden aufgefordert,
ihre Zustimmung zum Vortrage auch in die That umzusetzen,
betonte der Referent im Schlußwort: Uns ist nichts lieber, als
mit den Arbeitgebern in Frieden zu leben, wenn man unsere
gerechten Wünsche anerkennt. Leben wir doch überall da, wo
eine starke Organisation vertreten ist, in einem friedlichen Ver-
hältnis mit den Arbeitgebern, darum sollte Niemand veräumen,
sich anderen Weisen anzuschließen. Sollten sich aber die Vor-
kommnisse wie in letzter Zeit am Orte wiederholen, so könnte
es auch einmal dahin kommen, daß wir eine noch schärfere
Lokont anschlagen, aber nicht mit Worten, sondern mit Thaten,
geht auf die Solidavität der Arbeiterschaft.

Wochm. In der am 7. Dezember bei Döll abgehaltenen
Mitglieder-Versammlung waren 45 Kollegen anwesend. Auf-
nahmen waren 4 zu verzeichnen. Den Kartellbericht gab der
Delegierte; derselbe hatte jedoch keine große Bedeutung, da sich
das hiesige Kartell in seiner Sitzung mehr zur Auskunfts-
erteilung hergibt, statt die Wünsche der Gewerkschaften zu
berücksichtigen. Kollege Brülling-Dortmund kritisierte unter
„Verschiedenes“ das Verhalten des hiesigen Kartells, da es
sonst die Brauer immer rühme, sie wären die Ersten beim
Bezahlen, mit P-Marken usw., und doch habe dasselbe es nicht
für werth, uns moralisch zu unterstützen. Die nächste Sitzung
soll noch abgewartet werden, und wenn keine Veränderung ein-
tritt, werden wir uns weitere Schritte vorbehalten. Auch der
Vorsitzende des Kartells wurde kritisiert. — Ferner wurde die
Sache betreffs der Schlegel-Brauerei erörtert und mit-
geteilt, daß gute Aussichten für uns vorhanden seien, denn in
zwei großen öffentlichen Versammlungen konnte man sehen,
daß die Arbeiterschaft uns sympathisch gegenübersteht. Auch
soll der Braumeister Jung schon einige Mängel bekommen haben.
Auf Antrag des Kollegen Brülling wurde zu dieser Sache eine
Kommission von 5 Kollegen gewählt, welche die nächste Kartell-
sitzung besuchen und wenn nöthig, die Wirtschaften kontrollieren
muß, wo Schlegelbier verzapft wird. Ferner wurde die An-
gelegenheit der Wilkoria-Brauerei nochmals besprochen.
Der betr. Kollege schrieb nochmals an Braumeister Kartel,
worauf ihm die alte Deier wieder zugesandt wurde, obgleich
zu den beiden Eingefesteten noch zwei hinzugekommen
sind. Auch ist einer unserer Kollegen, der bisher zweiter
Abfüller war, in dieser Strafanstalt zum Pumpauf „befördert“
worden. Mit dieser Sache werden wir uns in Kurzem auch
beschäftigen und Herrn Kartel etwas besser auf die Knie
gehen. Der brieflich eingeladene Oberberufliche Wagner ist nicht
erschieden. Sodann wurden noch für einen fremden Kollegen,
der sich mit am Flugblattverbreiten beteiligte, 3,55 Mk. ge-
sammt.

Dortmund. Versammlung vom 7. Dezember. Trotz der
schlechten Verhältnisse, die in Dortmund noch existieren, halten
es verschiedene Kollegen noch für richtiger, auf die Eisbahn zu
gehen und im Schlaraffenland zu hocken, als in die Versammlung
zu kommen und sich über die Mißstände auszusprechen. Es
wurde diese Sache auch gerügt vom Vorsitzenden. Weil die
Versammlung so schlecht besucht war, konnten auch nicht alle
Punkte richtig erledigt werden. Die Angelegenheit des Kollegen
F. wurde als erledigt betrachtet, da er sich wiederum in einer
Weise betragen hat, wie es sich von einem Verbandskollegen
nicht gebührt. Es wurde beschlossen, die Mitglieder, die fort-
während durch ihre Abwesenheit glänzen, in der nächsten Ge-
neralversammlung bekannt zu geben und auch danach zu
handeln. Im Gewerkschaftlichen wurde Beschwerde geführt, daß
sich die Kollegen zu wenig an der Bibliothek beteiligen, da
doch für jedes Mitglied 5 Bg. zu zahlen sind. Es wurde aber
gleichzeitig bemerkt, daß die Bücher nur an Erwachsene ausgegeben
werden und nicht mehr an die Kinder. Ferner wurde bemerkt,
daß der neue Wirth, der das „Gewerkschaftshaus“ übernimmt,
unbedingt anderes Bier nehmen müsse, da die „Germania“-
Brauerei doch keinen organisierten Kollegen einstellt. Der be-
zügliche Beschluß wurde den Kartellbelegten überwiesen.
Ferner erinnerte der Vorsitzende an die moralische Unter-
stützung der Tabakarbeiter der Firma Respol u. Cronmeier
in Derlinghausen an der Lippe. Betreffs des Fastnachts-
Stranzens wurde beschlossen, daß es ein öffentliches sein sollte.
Dann kam der Fall Gehrig, „Mitterbrauerei“, zur Sprache. Es
wurde stark kritisiert, daß G. von der Bundesgröße Pils fort-
während abkannert wird. So a. B. wurde er (Gehrig) vom
Brauführer Schweinsberger aus dem Keller hinauf-
geschickt auf die Schwanzgasse, allem Anschein nach, weil er
keine Arbeit für ihn hatte. Als sich Gehrig oben meldete,
sagte ihm der Herr Pils ganz einfach (P. ist nämlich Wirts-
treiber): Ich habe auch keine Arbeit für Dich. Vielleicht hat
man auch einmal für Pils keine Arbeit mehr.

Siberfeld. Sonnabend, den 22. November, tagte im
„Volkshaus“ unsere Versammlung, welche trotz der wichtigen
Tagesordnung nicht gerade zum Besten besetzt war. Zwei
Bauer und ein Bierfahrer ließen sich aufnehmen. Zum zweiten
Punkt hielt Gen. Krumpholtz einen längeren Vortrag über: „Die
Realitätsbetrachtungen innerhalb der modernen Gewerkschaften.“
Große Aufmerksamkeit während des Vortrages und
lebhafte Beifall bezeugten das Interesse der An-
wesenden mit den Ausführungen des Redners. Der Vor-
sitzende bemerkte, es solle jeder wahlberechtigte Kollege frühzeitig
dafür sorgen, daß er in die Wählerliste für die kommende Ge-
werbegerichtswahl eingetragen werde, und selbstverständlich nur
von den Gewerkschaften aufgestellten Kandidaten seine
Stimme geben. Für die neu zu wählenden Vertreter zur
Krankenkasse unseres Gewerbes sind in der kommenden General-
versammlung derselben nur zwei solche Kollegen zu wählen, die
auch wirklich für die Verschmelzung zu einer allgemeinen Orts-
krankenkasse sind. Die Kollegen Vogula und Franz Knoll wurden
dieshalb in Vorschlag gebracht. Unter „Verschiedenes“ be-
schwerte sich Kollege Kämmerer, daß er während seiner mehre-
wöchigen Krankheit keine Unterstützung erhalten habe, jetzt aber
auch nicht in der Lage wäre, seine restirenden Beiträge zu be-
zahlen. Es wurde der Beschluß herbeigeführt, die Angelegen-
heit dem Hauptvorstande zu unterbreiten, dahingehend, dem
Kollegen Kämmerer seine Beiträge zu erlassen, statt Krankens-
unterstützung nachzubehalten, womit sich Kollege K. auch ein-
verstanden erklärte.

Frankfurt a. M. Am Freitag, den 5. Dezember, tagte
im Fleiß-Junkf'schen Gelsenkeller eine stark besuchte Brauereis-
arbeiter-Versammlung mit der Tagesordnung: „Das Antwortschreiben
des Brauerings“. Bevor in die Tagesordnung ein-
getreten wird, wünscht Edert zu einer Beschwerde über Vor-
kommnisse in der Brauerei Falke das Wort. Die Herren
Falken fühlen sich wieder und jaehnen nicht mehr zu wissen, daß
sie ihren Arbeitern erst vor kurzer Zeit das freie Konstitutions-
recht wieder zugestanden haben. Herr Michael Falke schent
sich nicht, Versammlungsanzeigen eigenhändig herunterzureißen,
ebenso seinen Bruder zu veranlassen, diejenigen Leute zu ent-
lassen, welche Plakate aufhängen. Die Wasch- und Bades-
einrichtung läßt immer noch auf sich warten. Die ganze An-
gelegenheit wird dem Vorstande und dem Gewerkschaftskartell
in Offenbach überwießen. Ueber das Antwortschreiben der
Brauereien referierte Kollege Wittich. Wie bekannt, haben die
Zweigvereine Frankfurt und Genua die Vorstände beauftragt,
ein Regulativ auszuarbeiten über die verschiedenen Lohn- und
Arbeitsverhältnisse in den Brauereien. Diesem Auftrage ist
der Vorstand denn auch nachgekommen und hat das Regulativ
an den Vorsitzenden des Brauereiverbandes abgeschickt. Die
Antwort auf dieses Schreiben ließ ziemlich lange auf sich
warten, bis nach nochmaliger Anfrage am 23. November die
gewünschte Antwort einlief. Wittich verbreitet sich nun in
längeren Ausführungen über die einzelnen Punkte und betont,
daß der Verwaltung bereits klar war, wie die Antwort aus-
fallen werde. Die Begründungen, besonders betreffs des ersten
Punktes, mit welchen die Ablehnung der einzelnen Forderungen
erfolgte, zeugen von nicht allzu großem sozialen Verständnis
der Herren am Berg. Die Behauptung, die Arbeiter würden
sich bei Bezahlung des Hausstrunkes auf unrechtmäßige Weise
Bier aneignen, ist eine Beschimpfung der ganzen Brauerei-
arbeiter. Wenn die Herren unserem Besuch auf mündliche Ver-
handlungen Folge geleistet hätten, würden sie über ihre
falschen Ansichten aufgeklärt worden sein. Die Bezahlung
des Hausstrunkes sollte in der Weise vor sich gehen,
daß die Arbeiter Marken erhalten, und die nicht verbrauchten
ausbezahlt bekommen, um damit dem Uebel zu steuern, daß
einfach die Marken, um sie nicht der Brauerei zu schenken,
verloren werden. Würden diese Marken bezahlt, so wäre
mancher Arbeiter in der Lage, durch das auf diese Weise
ersparte Geld zu Hause mit seiner Familie Bier trinken zu
können. Auch die Begründung der Ablehnung, daß das
Reichsversicherungsamt, als höchste Instanz in Streitfällen der
Arbeiterversicherung, den Werth des Bieres von 4 Liter täglich
für die Berechnung der Unfallrente als anrechnungspflichtig
erklärt, ist hinwiegend, da das Bier ja beizubehalten werden soll.
Der Hauptgrund für die Ablehnung dieses Punktes ist nach
unserer Ansicht eben der, daß die Herren Brauereibesitzer Angst
haben, daß, wenn das gewünschte System eingeführt ist, sie
ihre schlechte Bier, welches in einzelnen Brauereien von Zeit
zu Zeit dem Arbeiter verabreicht wird, nicht mehr loslagern
können, da, wenn solcher „Stoff“ läuft, Niemand Bier holen
würde. Betreffs der Bezahlung der Ueberstunden schreibt der
Verein, daß sie eine Neuregelung nicht für nöthig halten, da
in der mit den Vertretern der Arbeiterschaft (?) im April des
Jahres 1899 festgesetzten Arbeitsordnung in völlig angemessener
Weise Bestimmungen getroffen worden seien. Wo und wie
sind die Vertreter der Arbeiterschaft? Keinem einzigen der
Arbeitervertreter vom Zustand 1899 ist bekannt, daß schriftliche
Bestimmungen abgemacht wurden, auch die allgemeine Arbeits-
ordnung für Frankfurt enthält keine Unterkrift bezüglich der
Ueberstunden. § 13 der Arbeitsordnung lautet: Ueberstunden
werden an Werktagen mit 50, am Sonntag mit 60 Bg. be-
zahlt. Würde nach der Arbeitsordnung gehandelt, so hätten
wir gar keine Ursache, uns darüber aufzuhalten. So aber
müssen in verschiedenen Betrieben, wie Stern, Binding,
Jung u. c., die Arbeiter ganze halbe Tage zu Hause
bleiben und gemachte Ueberstunden abschleppen.
Gewiß für diese Brauereien mit so hoher Dividende keine
Reklame. Die Anregung, die Arbeiter sollen sich selbst an ihre
Betriebsleiter wenden, ist ganz schön, kommt aber Jemand in
dieser Beziehung, dann heißt es: „Wem's nicht paßt,
kann gehen“. (Den Herren Besitzern wäre hierbei zu
empfehlen, Arbeiter-Anschüsse wählen zu lassen. D. Schrift.)
Zu der Einführung eines paritätischen Arbeitsnachweises
unter keinen Umständen verstanden werden. Warum, weiß man ja.
Die Behauptung, daß die Arbeitsnachweise nirgends, weder für
Arbeitgeber noch für Arbeitnehmer, richtig funktionieren, ist
beim besten Willen hätte ausfallen können, so ist immerhin
ein kleiner Fortschritt zu verzeichnen. Die Organisation wird
nicht ruhen und rasten, bis auch die anderen Wünsche erfüllt
sind. Redner fordert die vielen nicht organisierten Anwesenden
auf, der Organisation beizutreten, da nur eine stramme Organi-
sation in der Lage ist, das Loos der Arbeiter zu verbessern.
Redner erntet lebhaften Beifall. In der sehr lebhaften Dis-
kussion, an der sich unter Anderem auch Gen. Dorschu be-
theiligte, erklärte der Vorsitzende Kollege Edert ebenfalls, daß
mit den Arbeitgebern im Jahre 1899 von Seiten der Organi-
sation keine Ueberstunden getroffen worden. Hierauf wurde
folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heute im Fleiß-Junkf'schen Gelsenkeller tagende öffent-
liche Versammlung aller in der Brauerei beschäftigten Personen
von Frankfurt erklärt sich mit den 6 Punkten der Eingabe an
den Verband der Brauereien einverstanden, die eine geistige,
sittliche und gesundheitliche Hebung der Brauereiarbeiter be-
deuten. Die Anwesenden erklären, daß die wirtschaftliche Lage
nur durch eine gute gewerkschaftliche Organisation verbessert
werden kann, und versprechen, so weit es noch nicht der Fall
ist, sich dem Zentralverbande deutscher Brauereiarbeiter anzu-
schließen. Des Weiteren protestieren die Versammelten gegen
die Anschulldigung, die Arbeiter würden sich bei Bezahlung des
Hausstrunkes auf unrechtmäßige Weise Bier aneignen, und
weisen diesen Vorwurf aufs Schärfste zurück.“

Halle. (Sektion II.) Die Generalversammlung fand am
7. Dezember statt. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurden
gewählt: Scheibe als Vorsitzender, Meier als Kassierer und
Wötcher als Schriftführer. Zum Kartellbericht werden die
Mitglieder ermahnt, den Jahresbericht vom Kartell und
Sekretariat zu entnehmen. Die Unfallverletzten werden aufge-
fordert, das ihnen zustehende Material an richtiger Stelle ab-
zugeben. Schließlich erluhrt das Vergütungskomitee um rege
Betheiligung am Weihnachtsgewinn.

Genua. Unsere Monatsversammlung vom 7. Dezember
war gut besucht. Aufnahmen hatten wir zwei zu verzeichnen.
Den Kartellbericht gab Kollege Krusemeyer. Betreffs unserer
Lohnlistenstatuten, welche in letzter Zeit durch verschiedene
Umstände umgangen, und dadurch hinfällig geworden sind,
wurde beschlossen, eine Kommission zu wählen, welche neue
Statuten auszuarbeiten soll. Unter „Verschiedenes“ wurden, wie
es in den anderen Jahren auch immer üblich gewesen ist,
Sammellisten ausgegeben, um den Betrag den beim Militär
weilenden Mitgliedern als Weihnachtsgeschenk zusammen zu
lassen.

Kassel. Am 22. November fand bei Wittrod, Schäger-
gasse, eine gut besuchte Versammlung statt. Nach Erledigung
des Punktes „Kartellbericht“ — die Kartellbelegten erhielten
vom Vorsitzenden eine Klage — wurde zur Arrangierung des
zehnjährigen Stiftungsfestes eine Kommission gewählt. Unter
„Verschiedenes“ wurde seitens des Vorstandes mitgeteilt, daß
die Angelegenheit des Kollegen Schellhase, betr. die ungerechte
Entlassung in der Brauerei Kropf, zur beiderseitigen Zufrieden-
heit geregelt ist. Beschlossen wurde, den durchgehenden, sowie
den hiesigen arbeitslosen resp. kranken organisierten Kollegen zu
Weihnachten ein kleines Geschenk zukommen zu lassen, und
sollen zu diesem Zwecke Sammellisten in den Brauereien aus-
breiten. Wegen der ungerechten Entlassung des Kollegen
Brunnert aus der Hessischen Aktien-Brauerei soll eine Kom-
mission bei der Direktion vorstellig werden, um den Kollegen
wieder in Arbeit zu bringen.

Mittelheim a. Rh. und Kalk. Am 6. Dezember fand in
Bereinslokale in Kalk unsere gut besuchte Monatsversammlung
statt. Der Vorsitzende Kollege Karst gab in kurzen Worten
ein Bild über das hiesige Wachsen und Gedeihen unserer Zahl-
stelle und betonte, daß dieses nur der regen Agitation, sowie
dem festen und friedlichen Zusammenhalten der Kollegen zu
verdanken sei. Er sprach dem Vorstande und Vertrauensleuten
seinen Dank für die rege Mitarbeit aus und ermahnte namentlich
die Letzteren, stets so weiter zu arbeiten und zu agitieren, dann
würden wir auch den schlechten Verhältnissen und geringen
Löhnen in unseren Brauereien und Malzfabriken wirksam ent-
gegentreten können. Hierauf wurde zur Wahl geschritten. Als
Vorsitzender wurde unser altbewährter Vorsitzender Kollege Karst
einstimmig wiedergewählt, als Kassierer K. Jores, als Schrift-
führer K. Drewa. Aufnahmen ließen sich 3 Kollegen. Allge-
mein ließ Beschwerde ein über den ersten März d. J. der
Malzfabrik Commer u. Cie. Es wurde beschlossen, falls
derselbe sich nicht bald ändere, wirksame Maßregeln zu er-
greifen. Ferner wurde unser diesjähriges Winterergüden
auf den 7. Februar festgesetzt und dazu unser Vereinslokal in
Kalk, Viktoriastraße 70, ausgerufen. Zu bemerken ist noch, daß
sämmliche Mitglieder in der nächsten Versammlung zu er-
scheinen haben wegen Neuwahl einer Beschwerdekommision.

Münzberg. Versammlung vom 10. Dezember. Vor Ein-
tritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken
an den verstorbenen Kollegen F. Höbe durch Erheben
von den Plätzen. Zur Unterstützungsfrage für die Hinter-
bliebenen bemerkte der Vorsitzende, da diese Sache noch nicht
bestehen, und man bei jeder Bewilligung in solchen Fällen sich
nach den Verhältnissen richten müsse, sei der Wunsch ausge-
sprochen worden, vorläufig eine etwas mindere Summe vom
Bereinsfonds auszugeben. Entsprechend der Unterstützung der
Witwenfrau Meis von 50 Mk., wo die hinterbliebene Familie
aus 8 Köpfen besteht, wurden für Frau Höbe mit zwei Kindern
20 Mk. bewilligt und der Kassierer beauftragt, beide Beträge
sogleich auszugeben. Den Kindern der Frau Höbe kann auf
Beschluss der Versammlung, je nach den Verhältnissen, noch
eine besondere Unterstützung gewährt werden. Eine Reihe
Zuschreiben vom Kartell und Sekretariat wurden bekannt ge-
geben, so unter Anderem die Aufforderung, Sammlungen für
Arbeitslose zu Brennmaterial als Weihnachtsgeschenk zu ver-
anstalten. Es wurde ermahnt, die schon vorausgabten Listen
umgehend abzuliefern, damit das Geld übermittel werden
kann. — Hofman berichtet über die Tarifverhandlungen mit
den Nichtverbandsbrauereien. In der Brauerei Wehr. Geld sei
der Tarif bereits abgeschlossen, auch als Zeitpunkt für das
Zutreten derselben der 1. Dezember festgesetzt gewesen.
Nach Rücksprache der Betriebsleitung mit einigen Arbeitern und
im Anschluß an eine stattgefundene Betriebsprüfung wurde durch
Uebereinstimmung von diesem Termin abgesehen, und soll erdet,
wenn die Subhausreparaturen vollendet und der Betrieb wieder
in vollem Umfange im Gange ist, weiter darüber verhandelt
werden. Letzteres kann aber nur geschehen, wenn die Leute
auch in der Versammlung anwesend sind, anderenfalls wird
die Angelegenheit so lange verschoben, bis es diesen, von
„hohem Wirthschaftsgefühl“ besetzten Mitgliedern angenehm sein
wird, in der Versammlung zu erscheinen. — Die Beschwerde
Menius wird bis nach zwei Monaten vertagt, da M. in zwei
Versammlungen unentschuldig gefehlt hat. Auf den Einwand
des Kollegen M., daß er den ihm gemachten Vorwurf nicht so
lange auf sich sitzen lassen könne, wurde ihm vom Vorsitzenden
ermüdet, daß laut Beschluß nicht anders gehandelt werden
könne und es für regelmäßige Versammlungsbesucher ebenso
schwierig zu ertragen sei, stets auf die regelmäßigen Versamm-
lungsschwänzer warten zu müssen, bis es ihnen gefällig ist,
in gewungenen Fällen einmal zu erscheinen. — Auf Antrag
sollten die zahlreichsten Erlangen, Münzberg und Büchlich gemein-
sam an die Firma Erlwein u. Schultheiß einen Tarif ein-
reichen, da Herr Erlwein sich auf Widerstand verlegt. Zur
Nachzahlung nicht voll ausgezahlten Lohnes soll der Verwalter
Schmidt genannter Brauerei brieflich aufgefordert und event.
das Gewerbegericht angerufen werden. — Von mehreren
Kollegen wurde darauf hingewiesen, daß wir eine ganze Reihe
außerhalb der Brauerei stehender Kollegen haben, wovon ein
Theil bereits ihre freie Zeit und ihre volle Kraft im
Interesse der Organisation zur Verfügung gestellt haben, die
aber in ihrer Eigenschaft von den Mitgliedern, außer von einigen,
gar nicht berücksichtigt werden. Die große Mehrzahl der Mit-
glieder herabwürdigt mit Vorliebe solche Geschäftskente, die
weder eine Ahnung von Arbeiterinteressen, noch eine Minute
Zeit für sie übrig haben. In den meisten Fällen
vertreten solche Leute noch obendrein den Standpunkt, daß
für eine Arbeiterfamilie Alles gut ist, weil solche
Geschäftsleute nicht wissen, wie schwer das Brot des Arbeiters
zu verdienen ist. Die Mitglieder und ihre Familien haben
keinen Pfennig Nachtheil, wenn sie Mitglieder, die Geschäfts-
leute sind, berücksichtigen; es besteht für sie eine moralische

